



PROTOKOLL GEMEINDERAT KLOTEN

02.12.2025 Beschluss Nr. 141-2025 Vorlage 13865; Demokratieförderung; Genehmigung Schaffung einer neuen Stelle

0.3.0 Allgemeines

Vorlage 13865; Demokratieförderung; Genehmigung Schaffung einer neuen Stelle

Ausgangslage

Demokratie ist ein zentraler Pfeiler der Schweizer Politik und Gesellschaft. Sie ist nicht nur eine Regierungsform, sondern tief in der Identität, Geschichte und Kultur der Schweiz verwurzelt. Die demokratische Mitbestimmung fördert den gesellschaftlichen Ausgleich und hilft, Konflikte auf politischem Weg zu lösen.

Im Schnitt der letzten Jahre nahmen dennoch nur rund 45% der Schweizer Bevölkerung an Abstimmungen und Wahlen teil. In der Stadt Kloten gibt das geringe Interesse an Abstimmungen und Wahlen noch mehr Grund zur Sorge. Die Stimmbeteiligung liegt seit 2005 regelmässig weit unter dem Mittel des Kantons Zürich. Bei den letzten kommunalen Erneuerungswahlen 2022 betrug die Stimmbeteiligung zum Beispiel bei der Wahl des Stadtrates nur gerade 21,88%. Diese tiefe Beteiligung kann die Legitimität getroffener Entscheidungen und Wahlen in Frage stellen und die Repräsentation der stimmberechtigten Bevölkerung unter Umständen verzerren.

Entwicklung kommunale Stimmbeteiligungen

Abweichung von kantonalem Durchschnitt, jährlich gemittelt

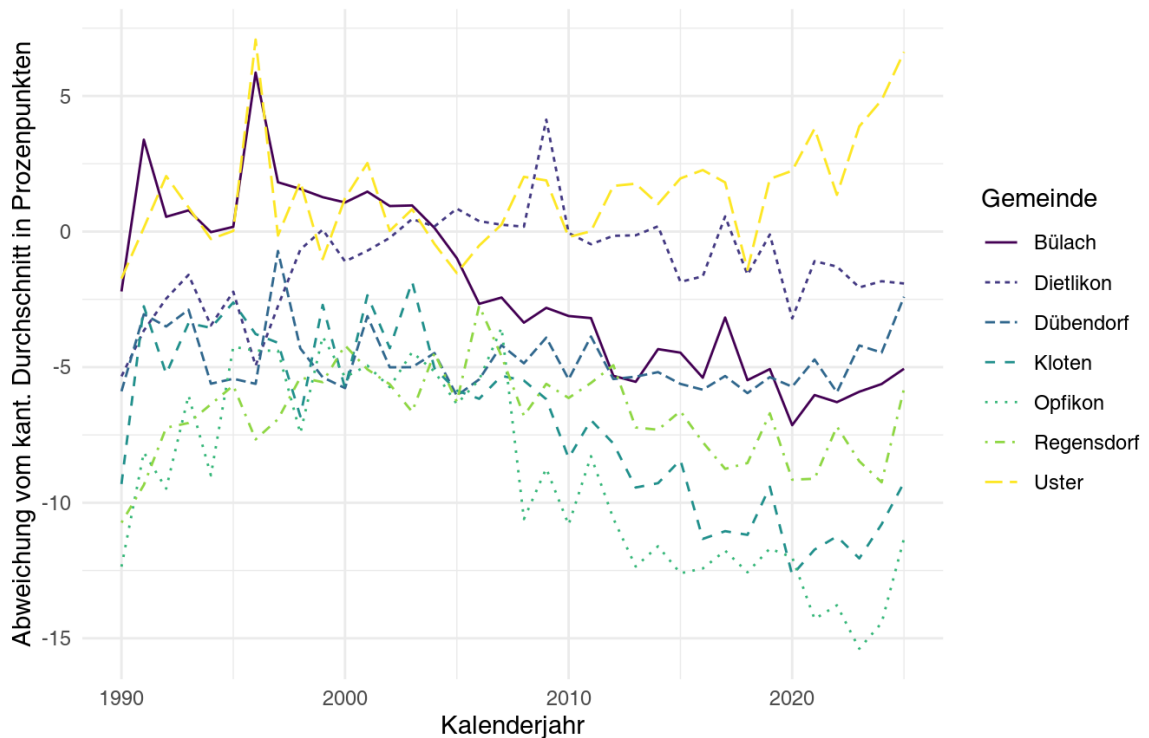


Abbildung 1: Die Grafik zeigt die Entwicklung der Unterschiede zwischen kommunalen Stimmbeteiligungen ausgewählter Gemeinden und der kantonalen Stimmbeteiligung bei eidgenössischen und kantonalen Volksabstimmungen. Um die Daten zu glätten, wurden kalenderjährliche Durchschnittswerte verwendet; statistisches Amt des Kantons Zürich

Nachbefragung zur Abstimmung vom 24. November 2024

Im Zusammenhang mit der Nachbefragung der in der Öffentlichkeit stark diskutierten Abstimmung der beiden Stadtentwicklungsvorlagen konnten einige spannende Erkenntnisse über das Abstimmungsverhalten der Klotenerinnen und Klotener gewonnen werden.

Die Stimmbeteiligung betrug trotz grösster Aufmerksamkeit in allen (Print- und digitalen) Medien nur gerade 40% (Richtplanung: 39,77% / Nutzungsplanung: 41,04%).

Spannend ist die Auswertung der Teilnahme an der Abstimmung vom 24. November 2025. Vier Fünftel (82%) der befragten Stimmberechtigten haben an der Abstimmung teilgenommen, wobei sich folgende Unterschiede in Bezug auf Geschlecht, Alter, Bildung und Quartier ergeben haben:

- Geschlecht: Männer (84%) haben signifikant häufiger an der Abstimmung teilgenommen als Frauen (80%).
- Alter: Personen ab 65 Jahren (93%) haben signifikant häufiger teilgenommen als die 40-64-Jährigen (83%), die wiederum deutlich häufiger abgestimmt haben als die 18-39-Jährigen (73%).
- Bildung: Personen mit hohem Bildungsniveau (89%) haben signifikant häufiger abgestimmt als jene mit mittlerem Bildungsniveau (81%), die wiederum deutlich häufiger abgestimmt haben als Personen mit niedrigem Bildungsniveau (53%).
- Quartier: Am häufigsten teilgenommen haben Personen aus den Gebieten «Gerlisberg» (97%), «Chasern, Rebweg, Egetswil, Hohruti, Zipfel, Erlen» (92%) und «Buchhalden, Reutlen, Spitz und Rosenweg» (89%). Am seltensten teilgenommen haben Personen aus den Gebieten «Hohrainli» (65%) und «Schaffhauserstrasse, Balsberg» (73%).

Ähnliches spiegelte sich auch im Vorfeld der Abstimmungen bei den vielfältigen partizipativen Anlässen wider. Obwohl die Stadt Kloten der Bevölkerung im Zuge der Vorbereitung dieser beiden Vorlagen regelmässig Möglichkeiten einräumte, bei wichtigen Themen mitzuwirken, musste leider festgestellt werden, dass diese Anlässe schwach besucht und zum grössten Teil nicht einmal wahrgenommen wurden.

Bestätigt hat dies auch die Nachbefragung: Vier Fünftel der 1'867 Befragten (85%) haben nicht an einem Partizipationsanlass teilgenommen. Jede neunte Person (11%) hat immerhin an einem Anlass wie einer Informationsveranstaltung, einem Stadtspaziergang oder einem Workshop teilgenommen. Einige haben eine elektronische oder schriftliche Eingabe im Rahmen der Mitwirkung eingereicht (2%) oder waren durch eine behördliche Funktion eingebunden (2%). Personen ab 65 Jahren (23%) haben dabei signifikant häufiger partizipiert als die 40-64-Jährigen (14%), die wiederum deutlich häufiger teilgenommen haben als die 18-39-Jährigen (6%).

Dennoch haben 80% der Befragten angegeben, dass sie gerne stärker in die Ausarbeitung von wichtigen Vorlagen eingebunden würden.

Haben Sie in den letzten 2-3 Jahren an einem Partizipationsanlass zu den beiden Stadtentwicklungs-Abstimmungsvorlagen teilgenommen?



Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich, N = 1867

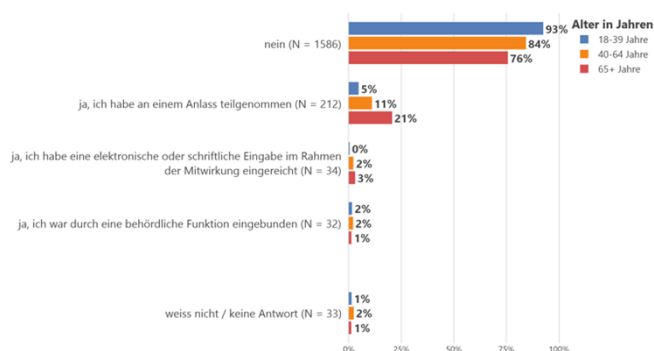


Abbildung 2: Teilnahme an einem Partizipationsanlass zu den Stadtentwicklungsvorlagen, aufgeschlüsselt nach Alterskategorien (Quelle: gfs Zürich, Befragung 2025).

Die Stadtentwicklung in Kloten sollte... die Bevölkerung von Kloten stärker in den politischen Prozess einbinden (Partizipation)



Angaben in Prozent, N = 1867

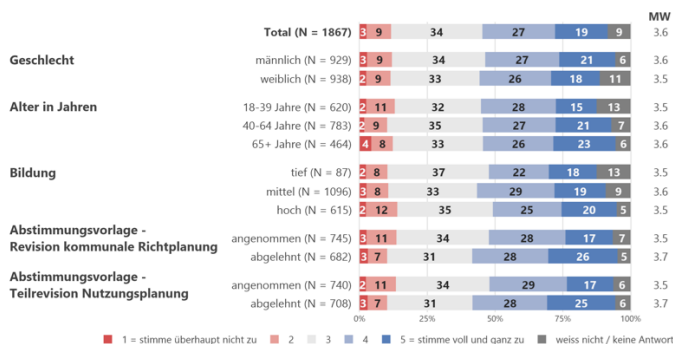


Abbildung 3: Wunsch der Befragten, dass sie stärker in den politischen Prozess eingebunden werden (Quelle: gfs Zürich, Befragung 2025)

Wissenschaftlicher Kontext zum Abstimmungsverhalten

Die Gründe für die tiefe Beteiligung sind vielfältig und komplex. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat zu diesem Thema eine Studie erstellt (Schäfer, 2023)¹, welche zusammengefasst folgende Faktoren für tiefe Wahlbeteiligung identifiziert:

¹ Schäfer, A. (2023). *Wer fehlt an der Wahlurne?: sozialräumliche Muster der Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen*. Friedrich-Ebert-Stiftung.

- Ressourcen: tiefes Bildungsniveau, tiefes Einkommen und geringes soziales Kapital wirken sich negativ auf die Beteiligung aus.
- Motivation: Menschen interessieren sich nicht, sind nicht bereit sich zu informieren, oder empfinden den Einfluss einer einzelnen Person als zu klein.
- Netzwerke: Je weniger Kontakt zu Wählenden besteht, desto tiefer ist die eigene Beteiligung
- Betroffenheit: Ausserdem spielt der Grad der Betroffenheit eine Rolle, wie hoch die Wahlbeteiligung ausfällt.

Weiter bestätigt die Schweizer Wahlstudienreihe "Selects" eine gewohntes Muster, wenn die Partizipation nach Alterskategorien aufgeschlüsselt wird: Je jünger die Erwachsenen, desto tiefer ist die Beteiligung.^{2,3}

Ziele

Die Stadt Kloten steht aufgrund des schweizweiten und kantonsweiten Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum mitten in einem wichtigen Umstrukturierungs- und Veränderungsprozess, der nicht nur das "gebaute Kloten" betrifft, sondern insbesondere auch die Gesellschaft, ihr Zusammenleben und –wirken vor grössere Herausforderungen stellt. Damit diese Entwicklungen zum Vorteil der Stadt Kloten und ihrer Bevölkerung gelingen, kommt den demokratischen Möglichkeiten und der politischen Teilhabe eine entscheidende Bedeutung zu. Ebenso wesentlich ist der Einbezug von nicht stimmberechtigten Personen (Kinder, Jugendliche, Ausländer/innen), welche in Kloten rund die Hälfte der Bevölkerung ausmachen und deshalb nicht vernachlässigt werden sollen.

Die Ziele der Demokratieförderung können wie folgt umschrieben werden:

- Unterstützung und Weiterentwicklung von Partizipationsanlässen;
- Kontakt und Unterstützung der Ortsparteien in Bezug auf Themen der Demokratieförderung (Vernetzung, Nachwuchsförderung etc.);
- Erhöhung der Stimmbeteiligung in der Stadt Kloten;
- Förderung der politischen Teilhabe (Unterstützung zum Einbringen in politische Prozesse);
- Förderung digitaler Demokratiekompetenzen (Medienkompetenzen);
- Stärkung des Klotener Wir-Gefühls (soziale Kohäsion, lokale Identifikation);
- Förderung der politischen Bildung (Ausbildung, Schule, Jugendparlament);
- Förderung der Chancengleichheit, Inklusion (Förderung des gleichberechtigten Zugangs zu demokratischen Prozessen) und
- Bekämpfung von Extremismus und Diskriminierung (Sensibilisierung demokratischer Werte).

² Anke Tresch, Lukas Lauener, Laurent Bernhard, Georg Lutz und Laura Scaperrotta, *Eidgenössische Wahlen 2019. Wahlteilnahme und Wahlentscheid* (Lausanne: FORS, 2020), <https://doi.org/10.24447/SLC-2020-00001>

³ Anke Tresch, Line Rennwald, Lukas Lauener, Georg Lutz, Nursel Alkoç, Romane Benvenuti und Oscar Mazzoleni, *Eidgenössische Wahlen 2023. Wahlteilnahme und Wahlentscheid* (Lausanne: FORS, 2024), <https://doi.org/10.24447/SLC-2024-00001>

Massnahmen

Wie die Erfahrungen der letzten Jahre und auch die statistischen Fakten zeigen, ist Kloten in Bezug auf die politische Teilhabe ein "hartes Pflaster". Es bedarf einiges an Grundlagenarbeit an der Basis, um Erfolge bei der Förderung der Demokratie und der politischen Teilhabe zu erzielen. Die Massnahmen durchdringen dabei nahezu sämtliche Themenbereiche in denen die Stadt Kloten wirkt.

- Unterstützung und Weiterentwicklung von Partizipationsanlässen
Begleitung von Partizipationsanlässen bei Projekten (z.B. Bauprojekte), Begleitung und Weiterentwicklung Landsgemeinde Kloten, Betreuung und Kampagnenarbeit für Plattform Kloten 2030. Mitarbeit bei bestehenden Formaten wie Forum Vereine, Begegnungsfest (Integration).
- Kontakt und Unterstützung der Ortsparteien in Bezug auf Themen der Demokratieförderung
Die Ortsparteien sind Dreh- und Angelpunkt der lokalen Politik. Der Kontakt zwischen den Parteien und der Stadt Kloten soll in Bezug auf die Themen der Demokratieförderung gestärkt werden.
- Erhöhung der Stimmbeteiligung in der Stadt Kloten
Mittelfristig wird das kantonale Mittel "5% unter dem Mittel" angestrebt. Langfristig soll das kantonale Mittel erreicht werden.
- Weiterentwicklung bestehender Partizipationsgefässe
Begleitung von Partizipationsanlässen bei Projekten (z.B. Bauprojekte), Begleitung und Weiterentwicklung Landsgemeinde Kloten, Betreuung und Kampagnenarbeit für Plattform Kloten 2030. Mitarbeit bei bestehenden Formaten wie Forum Vereine, Begegnungsfest (Integration).
- Förderung der politischen Teilhabe
Sensibilisierung der Bevölkerung für politische Themen und Partizipation durch verschiedene Formate und Grundlagenarbeit (z.B. Besuche von Politikern in Schulklassen, Unterrichtsmaterial Kommunalpolitik, Partizipations- und Dialoganlässe), Medienkompetenz, Kampagnenarbeit, Umsetzung Pilotprojekt Bevölkerungsforum, Sicherstellen des politischen Austauschs der verschiedenen Gremien.
- Weiterentwicklung Unterlagen Wahlen- und Abstimmungen.
Kommunale Vorlagen einfach und mit verschiedenen Medien erklären.
- Förderung digitaler Demokratiekompetenzen (Medienkompetenzen)
Sensibilisierung und Ausbildung (insbesondere von Kindern und Jugendlichen) zum Thema Medienkompetenzen im Zusammenhang mit der Demokratieförderung.
- Förderung der Politischen Bildung
Aufbau lokales Jugendparlament nach Best-Practice Beispielen, in Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren. Sicherstellung des Betriebs und der strukturellen Einbettung in die politische Landschaft von Kloten. Austausch und Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Jugendparlament ermöglichen, ermutigen und koordinieren.
- Stärkung des Klotener Wir-Gefühls, Förderung der Chancengleichheit, Inklusion, Bekämpfung von Extremismus und Diskriminierung
Förderung der lokalen Zusammengehörigkeit und der Identität, Abbau von Berührungsängsten und Ungleichheiten. Förderung von Dialog und Begegnungen zwischen unterschiedlichen Gruppen, um Vorurteile abzubauen. Aufbau und Etablierung "Tag der Demokratie" auf kommunaler Ebene.

Monitoring

Als wichtigster Indikator für die Teilnahme am politischen Geschehen ist die Stimm- und Wahlbeteiligung. Diese kann am einfachsten in Bezug auf das Mittel der Beteiligung im Kanton Zürich gemessen werden (vgl. Abbildung 1). Zurzeit beträgt in Kloten die Abweichung zum kantonalen Mittel um die -10%. Mit kurz- und mittelfristigen, gezielten Massnahmen müsste diese Abweichung mittelfristig zumindest auf -5% reduziert werden können. Langfristig soll das kantonale Mittel erreicht werden.

Zuständigkeit

Die Demokratieförderung und die Förderung politischer Teilhabe schwingt bei vielen Aufgaben mit, welche der Gemeinde- und Stadtrat und die Stadtverwaltung wahrnehmen. Es handelt sich deshalb um eine klassische Querschnittsfunktion, welche aufgrund dem Anknüpfungspunkt "Wahlen und Abstimmungen" beim Politikfeld "Präsidiales" und somit bei der Verwaltungsdirektion angegliedert werden soll.

Die Schaffung einer neuen Stelle, explizit zur Förderung dieser Thematik ist bislang nicht vorgesehen. Somit handelt es sich um eine neue Stelle im Sinne von Art. 13 lit. k der Gemeindeordnung, für deren Genehmigung der Gemeinderat zuständig ist. Der Entscheid für die Beschreitung dieses Weges ist somit vom Gemeinderat zu fällen.

Kosten

Für die Demokratieförderung ist eine Stelle mit 80% Pensum vorgesehen. Aufgrund der Anforderungen (Studium im Fachgebiet Sozialwissenschaften und Weiterbildung im Bereiche Partizipation, Mediation, Projektmanagement) ist die Stelle der Funktionsstufe 40 (Funktion mit komplexen Spezialaufgaben) zuzuteilen.

Die Kosten (Kostenberechnung basiert auf der Lohnmittelkurve für eine 40-jährige Person; 80%) werden auf Fr. 117'245.00 (inkl. Sozialleistungen) geschätzt.

Beschluss Stadtrat:

1. Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat im Sinne von Art. 13 lit. k Gemeindeordnung eine neue Stelle "Demokratieförderung" bei der Verwaltungsdirektion (2210.00) mit 80 Stellenprozenten, bei Kosten von Fr. 117'245.00 per 1.1.2026.
2. Der Stv. Verwaltungsdirektor wird beauftragt, die Stelle im Funktionenkatalog aufzunehmen und die Personalkosten im Budget 2026 einzustellen.

Antrag Stadtrat:

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

1. Eine neue Stelle "Demokratieförderung" bei der Verwaltungsdirektion (2210.00) mit 80 Stellenprozenten, bei Kosten von Fr. 117'245.00 wird per 1.1.2026 genehmigt.

Beschluss:

1. Eine neue Stelle "Demokratieförderung" bei der Verwaltungsdirektion (2210.00) mit 80 Stellenprozenten, bei Kosten von Fr. 117'245.00 per 1.1.2026 wird mit 13 Ja- zu 19 Nein-Stimmen abgelehnt.

Wortmeldungen:

Ratspräsident, Reto Schindler: Wir kommen zum nächsten Geschäft. Es ist die Vorlage 13865, Demokratieförderung; Genehmigung Schaffung einer neuen Stelle. Die Vorlage wurde mit Stadtratsbeschluss 199-2025 vom 01.07.2025 an den Gemeinderat überwiesen. Die Abnahme der Vorlage in der GRPK erfolgte am 18.11.2025. Wir kommen zum Ablauf: Zuerst die Wortmeldung aus der GRPK durch die Referentin Diana Diaz. Das ist nicht so. Sie wird vertreten durch Marco Brunner. Dann weitere Wortmeldungen aus der GRPK. Wortmeldungen aus dem Stadtrat, Wortmeldungen aus dem Rat und dann die Schlussabstimmung. Ich bitte Marco Brunner als Referent der GRPK ans Rednerpult zu kommen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Marco Brunner (SVP): Ja, geschätzter Präsident, ihr müsst euch jetzt leider mit mir vorliebnehmen. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Stadtrat, liebe Gäste, mit der Vorlage 199-2025 vom 1. Juli 2025 hat der Stadtrat, beantragt der Stadtrat dem Gemeinderat, die Schaffung einer neuen Stelle. Namentlich der von der Demokratieförderung. Anlässlich der Sitzung vom 9. September 2025 der GRPK haben der Stadtpräsidentin René Huber sowie der stellvertretende Verwaltungsdirektor Marc Osterwalder uns das Geschäft vorgestellt und die ersten Fragen beantwortet. Besten Dank für eure Zeit sowie die Beantwortung der Folgefragen. Bei der neuen Stelle handelt es sich um eine sogenannte Querschnittsfunktion, da die Förderung von politischer Teilhabe bei vielen anderen Aufgaben der Stadt mitschwingt. Sie wird unter dem Politikfeld Präsidiales angesiedelt und untersteht somit dem Verwaltungsdirektor. Der oder die Inhaberin der Stelle muss aufgrund oder soll aufgrund der komplexen Aufgabe ein Studium im Fachgebiet Sozialwissenschaften haben, sowie eine Weiterbildung im Bereich Partizipation, Mediation und Projektmanagement besitzen. Die Kosten belaufen sich auf 117'245 Franken per 01.01.2026. Die Stimmbeteiligung in der Gemeinde Kloten liegt seit 2005 regelmässig unterhalb des kantonalen Durchschnitts. Wenn wir die jüngste Abstimmung vom letzten Sonntag anschauen, so haben sich 37,5% der Abstimmungsberechtigten daran beteiligt, was gut 10 Prozentpunkte tiefer als der kantonale Durchschnitt ist. Ähnlich hat es letztes Jahr ausgesehen bei der Abstimmung über den Richtplan und Teilrevision der Nutzungsplanung Steinacker, wo sich gerade einmal 39,7% bzw. 41% daran beteiligt haben. An den letzten kommunalen Wahlen 2022 haben sich mit 21,88% gerade mal jede fünfte Person an der Wahl beteiligt. Das Ziel der Demokratieförderung dieser Stelle könnte folgend umschrieben werden. Unterstützung und Weiterentwicklung von partizipativen Anlässen, Kontakt und Unterstützung der Ortsparteien in Bezug auf Themen der Demokratieförderung, Erhöhung der Stimmbeteiligung in den Stadt Kloten, Förderung der politischen Teilhabe, Förderung digitaler Demokratiekompetenzen, Stärkung des Klotener Wir Gefühls, Förderung der politischen Bildung, Förderung der Chancengleichheit, Inklusion und Bekämpfung von Extremismus und Diskriminierung. Auch werden im Beschluss Massnahmen genannt, die viele Bereiche durchdringen, wo die Stadt bereits wirkt. Das sind jüngst die Anlässe zum Thema Steinacker, Kontakt und Unterstützung der Ortsparteien, Weiterentwicklung bestehender Anlässe, Weiterentwicklung der Unterlagen zur Wahl und Abstimmung, Förderung der digitalen Demokratiekompetenz sowie Stärkung des Kalotten-Wirrgeföhls. Der wichtigste Indikator für die Teilnahme am politischen Geschehen ist die Stimm- und Wahlbeteiligung. Mit kurz- und mittelfristig gezielten Massnahmen sollte die Abweichung zum kantonalen Durchschnitt um bis zu 5% reduziert werden. Langfristig soll das kantonale Mittel erreicht werden. Die Mitglieder der GRPK sind sich, und so glaube ich alle in diesem Raum, einig, dass die Grundlage des Zusammenlebens in der Schweiz sowie in unserer Stadt vom Mitwirken von Bürgerinnen und Bürgern abhängt, da viele Institutionen in der Schweiz ohne Milizsystem nicht funktionieren könnten. Insbesondere die Beteiligung an den politischen Prozessen ist ein zentrales Element unserer demokratischen Kultur, weil sie sicherstellt, dass Entscheidungen breit abgestützt, legitim und im Einklang mit dem Willen der Bevölkerung getroffen werden. Eine Mehrheit der GRPK erachtet es nicht als sinnvoll, die Wahl- und Stimmbeteiligung sowie die Beteiligung an partizipativen Anlässen einer neuen Stelle zu überlassen. Die bezogenen Studien im Beschluss des Stadtrats zeigen klar auf, Stimmbeteiligung hängt hauptsächlich von Bildung, Alter, Einkommen, Interessen und Betroffenheit ab, nicht von Stellenprozenten in der Verwaltung. Es ist Aufgabe der Parteien, der Vereine und engagierter Bürgerinnen und Bürger, Menschen für die Politik zu begeistern. Auch sieht eine Mehrheit den Auftrag völlig überladen und realitätsfremd an. So umfasst die Aufgabe alles, was die Stadt bereits macht. Es fehlt jeder Fokus, jede Priorisierung und jede realistische Abgrenzung. Eine Stelle, die eine Ortspartei unterstützen soll, wie im Massnahmenkatalog beschrieben, könnte zudem zu einem ungewollten Nährverhältnis zwischen Verwaltung und Politik führen. Daher empfiehlt eine Mehrheit der GRPK am Gemeinderat, die Vorlage abzulehnen. Beste Dank.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Marco Brunner. Ich mache noch eine Klarstellung, warum Diana Diaz nicht als Dossierführerin, die in der GRPK das Geschäft vertreten hat, das Geschäft als Referentin

für die GRPK vertreten. Es geht darum, dass sie gerne für die Minderheit reden will, und das wird sie jetzt gerade machen. Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK? Diana Diaz, Grüne.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Diana Diaz (Grüne): Sehr geehrte Ratsleitung, geschätzte Anwesende, die Grundlagen zum Geschäft wurden von meinem Vorredner Marco Brunner bereits ausführlich erläutert. Eine Minderheit der GRPK kommt jedoch auf Basis der gleichen Grundlagen zu einem anderen Schluss. Die Förderung der politischen Teilhabe ist anspruchsvoll. Es braucht erhebliche Grundlagenarbeit, um Erfolg bei der Förderung der Demokratie und der politischen Teilhabe zu erzielen. Darum sind wir der Meinung, dass es eben nicht reicht, die Aufgabe weiterhin nebenbei verteilt über verschiedene Abteilungen wahrzunehmen. Eine solche Querschnittsaufgabe lässt sich nicht einfach schnell, schnell und nebenbei lösen. Wenn wir die Thematik systematisch angehen wollen und die tiefe Stimme und Wahlbeteiligung ernst nehmen wollen, dann braucht es dafür entsprechende Ressourcen, Koordination und Professionalität. Neben der Erhöhung der Stimm- und Wahlbeteiligung der Stimmberechtigten ist auch die politische Partizipation der nicht stimmberechtigten Menschen Bestandteil des Stellenprofils. In Kloten macht die Gruppe der minderjährigen Einwohner:innen ohne Schweizer Pass und Menschen in umfassender Beistandschaft rund die Hälfte der Bevölkerung aus. Es ist wichtig, auch Gefässe für diese Hälfte der Bevölkerung zu fördern. Gerade bei der politischen Bildung von Jugendlichen besteht ein grosses Potenzial. Da könnte der Aufbau eines lokalen Jugendparlaments nach erprobten Best-Practice-Modell zusammen mit Schulen, Parteien und anderen Vereinen lanciert werden. Die Einbindung von Jugendlichen könnte langfristig zu einer stärkeren emotionalen Verbindung mit der Gemeinde führen und so auch langfristig einen Einfluss sowohl auf die Stimm- und Wahlbeteiligung als auch auf die Verbundenheit mit der Stadt haben. Solche Aufgaben entstehen nicht von alleine und dürfen nicht ins Leere laufen, weil Zeit, Fachwissen oder Koordination fehlen. Darum empfiehlt eine Minderheit der GRPK dem Gemeinderat, diese Vorlage zu unterstützen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsident, Reto Schindler: Wie gesagt, ich habe ja vorhin gesagt, eine Wortmeldung aus der GRPK. Und dann war es klar, dass das für die GRPK ist. Ich möchte einfach, dass die Leute auch in der Zuschauertribüne wissen, welche Partei diese Person vertritt. Mir ist das wichtig. Danke vielmals. Wortmeldungen aus dem Stadtrat. René Huber.

Stadtpräsident, René Huber: Herr Präsident, geschätzte Anwesende, seit Jahren, seit vielen Jahren liefern sich Kloten und Opfikon das Kopf-an-Kopf-Rennen um den letzten oder gegen den letzten Platz in der Stimmbeteiligung des Kantons Zürich. Und seit vielen Jahren liegt man mir in den Ohren, "Mach doch endlich mal etwas, unternimm etwas." Ja, es waren sogar bis an die Forderungen fast Drohungen. Und ich muss Ihnen sagen, der Stadtpräsident kann die Bevölkerung nicht an die Urne prügeln. Er kann nicht vorschreiben, ihr müsst abstimmen. Wir haben uns aber im Stadtrat überlegt, was wir machen können. Wir haben die Vorlage ausgearbeitet. Und ich glaube, diese Vorlage wäre eine Chance, um langfristig an diesem Missverhältnis in Kloten etwas zu ändern. So wie es jetzt aussieht, hat diese Vorlage keine Chance. Ich möchte einfach festhalten, ich erachte das als eine verpasste Chance. Aber, mein Demokratieverständnis sagt gleichzeitig, ich akzeptiere natürlich das Resultat.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, René Huber. Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Dominique Chambettaz, Mitte.

Die Mitte Fraktion, Dominique Chambettaz: Sehr geehrte Ratsleitung, liebe Anwesende. Wir begrüßen, dass der Stadtrat die Stimmbeteiligung erhöhen will. Aber für uns ist die neue Stelle nicht die richtige Lösung. Wählen bleibt eine persönliche Freiheit. Wähler sollten nicht mit ihrem eigenen Steuergeld motiviert werden, um ihr Wahlrechte zu nutzen. Zudem gibt es schon viele Kommunikationskanäle und Anstrengungen auf übergeordneten Ebenen die regelmässig gebraucht werden. Neben der Partei, der Stadt, dem Kanton oder dem Bund gibt es gemeinsam übergreifende Kampagnen wie www.deinegemeindebrauchtdich.ch, die das Milizsystem mit tiefer Hemmschwelle stärker wollen. Die Mitte Kloten wird diesem Geschäft nicht zustimmen. Danke.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals Dominique Chambettaz. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Roman Walt, GLP.

GLP-Fraktion, Roman Walt: Geschätzte Ratsleitung, liebe Anwesende, ich werde ein bisschen ausführlicher. Ich kann aber versprechen, beim Budget halte ich mich dann kurz. Meine Fraktion und ich, wir haben es uns beim vorliegenden Geschäft nicht leicht gemacht. Wir glauben an eine offene, freie Gesellschaft, in der jede und jede die Möglichkeit hat, sich aktiv einzubringen, politisch und gesellschaftlich zu engagieren. Die

Voraussetzungen sind ja eigentlich da. Wir haben in der Schweiz mit der direkten Demokratie Instrument und Möglichkeit, uns als mündige Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mehrmals im Jahr zu äussern, zu den Themen und zum Geschäft abzustimmen, Initiativen und Petitionen vorzubringen. Wir sind das Land der Vereine, wir engagieren uns ehrenamtlich. Und doch, und ich glaube, das spüren wir alle, ist etwas im Wandel. Viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, wir haben es vom Stadtpräsidenten vorher gehört, nehmen ihr Recht auf Äusserung von ihrem politischen Willen nicht wahr und bleiben der Urne fern. Der GRPK-Kaufsprecher hat es gesagt, am Sonntag waren es knapp zwei Drittel, die nicht an die Urne gegangen sind. Und bei den Wahlen von vier Jahren waren es 80 Prozent, die nicht gewählt haben. Also inwiefern das jetzt wirklich breit abgestimmt und der Wille der Bevölkerung ist, dass wir dasitzen, ich stelle das in Frage. Immer mehr Vereine haben Probleme, Mitglieder und Funktionäre zu finden, immer mehr ehrenamtliche Verantwortung liegt auf immer weniger Schultern. Zudem wird unsere Gesellschaft immer älter, immer individueller, immer mobiler, immer schneller. Das Interesse, sich an demokratischen Prozessen zu beteiligen, nimmt objektiv ab. Polarisierung nimmt zu. Vertrauen in die Institutionen nimmt ab. Die Unzufriedenheit mit Politik und Verwaltung nimmt zu. Und das nicht erst seit der Corona-Pandemie. Man zieht sich hinter Meinungsblasen und Mauern zurück. Es heisst, unsere Leute gegen die anderen. Das Miteinander wird immer schwieriger. Der Blick über die Grenzen der Schweiz zeigt, in welche Richtung, und für die freie Demokratie gefährliche Richtung, die Trends führen. Wir von der GLP glauben daran, dass Demokratie kein Selbstläufer ist, dass wir alle, Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, Verwaltung, daran arbeiten müssen, die nicht immer einfache, aber umso wertvollere, weil die einzig wirklich freie Staatsform zu erhalten. Insofern ist nachvollziehbar, dass der Stadtrat Partizipation in allen städtischen Projekten ermöglichen will, steht so in der Strategie Kloten 2030, und dazu jetzt ebenso eine Querschnittsstelle zur Förderung von Demokratien schaffen will, um Demokratie und Partizipation in allen Bereichen prominenter und professioneller zu ermöglichen. Soweit so nachvollziehbar und René Huber hat es ja gesagt, es muss etwas gemacht werden. Jetzt kommt das grosse Aber. Ob das Ermögliche von mehr Partizipation und Demokratie durch das Geschäft, so wie es im Gemeinderat überwiesen worden ist, wirklich gestärkt wird, ist alles andere als sicher. Die neue Stelle ist ein Sammelsurium an Themen und Optionen, die abgedeckt werden sollten, sowohl verwaltungsintern als auch im Austausch mit der Bevölkerung. Aus Sicht der GLP wäre es zielführender gewesen, sich zuerst einmal auf ein, zwei Themen zu fokussieren, die Stand heute noch zu wenig abgedeckt werden oder abgedeckt werden könnten. Sich dort zu konzentrieren und da ist ein sinnvolles Profil mit klaren Indikatoren zur Leistungsmessung, wir haben es beim Hegnerhof gehört, wie wichtig das ist, zu definieren. Der Stadtrat hat aber entschieden, alles abdecken zu wollen, über eine unbefristete Stelle mit dem einzigen Ziel, die Wahlbeteiligung näher an das kantonale Mittel zu bringen. Dass ein solches Vorgehen nicht gut gehen kann, das sollte dem Stadtrat eigentlich, und vor allem auch dem abtretenden Stadtpräsidenten, er ist doch schon lange genug im Amt, eigentlich klar gewesen sein. Mit einem solchen Vorgang gewinnt man in diesem Rat keine Mehrheit und auch die GLP als sachorientierte Partei aus der echten politischen Mitte hat einige Mühe, diese Vorlage in der vorliegenden Form zu unterstützen. Wir wollten uns aber nicht der parlamentarischen Arbeit am Geschäft verweigern und haben uns überlegt, wie man das erwähnte Profil schärfen könnte und wo man den Fokus setzen könnte. Eben, analog Hegnerhof. Einmal mehr haben wir uns eingesetzt und versucht Kompromisse zu finden. Einmal mehr sind wir auf der linken Ratsseite, wir haben es in der Minderheitsmeinung gehört, welche sehr offen ist für die neue Stelle Demokratieförderung und das auch weiterhin ist, dort sind wir auf Gesprächsbereitschaft gestossen, um einen Kompromiss zu schaffen und eine mögliche Mehrheit zu finden. Und einmal mehr ist von der rechten Ratsseite nichts gekommen. Einen konstruktiven Vorschlag, das Geschäft an den Stadtrat zurückzuweisen und den Fokus auf Jugendliche und junge Erwachsene zu legen, wir haben die Bedeutung dieser Gruppe von der Minderheitssprecherin der GRPK gehört, das Pensum der Stelle zu reduzieren und die Stelle zuerst auch zu befristen als Pilotprojekt, das haben wir in die Fraktionen gebracht, über die Kommissionen und wären bereit gewesen, an der Formulierung und am Fokus weiterzuarbeiten. Die Mehrheiten und die Meinungen sind aber, das war Ende Oktober, ich vermute eher früher, bereits gemacht gewesen, SVP, FDP und Mitte haben kein Interesse gezeigt, aktiv und konstruktiv mitzuarbeiten. Wir hätten den Rückweisungsantrag, den wir ausformuliert haben, trotzdem stellen können, in der Kommission oder auch hier im Rat, heute für die Galerie, das wäre sicher spannend gewesen für die Öffentlichkeit. Aber was bringt das, wenn die Meinungen und Mehrheiten so klar sind? Wir werden die Argumente gegen die Stelle, von der Mitte haben wir es schon gehört, das werden noch mehr kommen und wir noch ausführlicher hören, die Stadt muss neutral sein, ist ja beim Thema Wohnen auch so. Demokratieförderung ist Sache der Parteien, Jugendliche, junge Erwachsene sind vielleicht die falsche Zielgruppe, aber wer weiss, was da alles noch kommt. Vor diesem Hintergrund lohnt sich ein eigentlich guter Kompromiss, ein gut gemachter Vorschlag, ein gut gemachter Rückweisungsantrag nicht. Was bleibt noch übrig? René Huber hat es vorweggenommen, nicht viel. Es ist schade, dass der Stadtrat und eben

insbesondere der Stadtpräsident das Geschäft in dieser Form als absehbarer, und ich entschuldige mich für die Wortwahl, Rohrkrepiere in den Rat gebracht haben. Es ist schade für das Thema, es ist schade für die Relevanz und irgendwie auch schade für den Abschluss von einer langen politischen Karriere. Ich hoffe sehr, dass der Stadtrat in der neuen Legislatur und in neuer Besetzung das Thema vielleicht nochmal aufgreift und zielführender gemeinsam mit den Fraktionen, vielleicht schon im Vorfeld, angeht. Wie es geht, das hat das Geschäft zum Hegnerhof vorher eindrücklich gezeigt und die GLP ist jederzeit bereit, konstruktiv mitzuarbeiten, egal bei welchen Themen und Geschäften. Da die GLP die Minderheitsmeinung der GRPK stützt und den Wert der Stelle Demokratieförderung erkennt und als wichtig erachtet, werden wir, auch wenn wir wie gesagt nicht ganz einig sind oder nicht ganz sicher sind, ob der Aufbau und Inhalt des Geschäfts so zielführend ist, das Geschäft in der vorliegenden Form trotzdem unterstützen. Vielen Dank.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Roman Walt. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Thomas Schneider, SVP.

SVP-Fraktion, Thomas Schneider: Sehr geehrte Damen und Herren auf den Zuschauerrängen, verehrte Ratsleitung, Ratskolleginnen und Kollegen, verehrte Stadtrat und geschätzte Pressevertreter. Ich bin jetzt gerade ein bisschen hin und hergerissen, ob ich zuerst auf das Votum von Roman Walt eingehen oder ob ich meinen Speech herunterlesen soll. Ich fasse das mal so zusammen, was hier gemacht werden sollte, klingt eigentlich gut, es klingt sogar sehr verlockend und es klingt auch sehr anziehend. Das Verständnis der Leute für demokratische Prozesse anzukurbeln, das macht durchaus Sinn, das wollen wir eigentlich alle, weil schliesslich ist der Stuhl auf dem, wo wir sitzen, das Ergebnis eines demokratischen Prozesses. Also es kommt eigentlich auch uns allen entgegen, wenn ein Verständnis für die demokratische Arbeit gefördert wird. Ich habe da durchaus sehr viel Verständnis für die Minderheit der GRPK. Wenn man die Grundlagen kurz analysiert, die Wahlbeteiligungen sinkt kontinuierlich seit den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts und die Jungen haben keine Lust mehr auf Demokratie. Ich meine, wir könnten jetzt spasseshalber in unseren Reihen mal schnell eine demografische Aufstellung machen. Da sind wahrscheinlich der Kollege Max Töpfer und einige Junge aus der linken Seite die löbliche Ausnahme, die bereits als 17-Jährige in den Wahlkampf gegangen sind, dass sie dann als 18-Jährige gewählt werden können. In meiner Fraktion waren einige in der Jungen SVP und viele andere sind auch schon länger aktiv. Und Diana soll da auch nicht unerwähnt bleiben. Aber Junge kommen schon extrem wenig nach in den politischen Prozessen. An was das liegt? Glaubt mir, wenn ich es wüsste, dann hätte jede Partei da mehr Mitglieder. Aber das haben wir bei Marco Brunners im Speech schon gehört. Wenn es Klotener interessiert, dann gehen sie abstimmen. Dann kommen die Leute an die Urne. Und die Wahlbeteiligung von 40 Prozent, ja, ist jetzt nicht das mega Ergebnis, aber es ist okay. Inhalt von den Stellen, wir haben es gehört, Weiterentwicklung Landsgemeinde. Wir haben da einmal eine Kulturstelle bewilligt. Ich bin der Meinung, da hätten wir eine klipp und klare Abmachung gehabt, was wir dort erwarten. Nämlich, dort war auch das Thema Landsgemeinde. Bis jetzt habe ich noch nicht viel von dem gehört. Vernetzung der Stadt und der Parteien. Meine Telefonnummer als Präsident der SVP, die findet man wahrscheinlich noch relativ einfach aus. Also wenn sich jemand mit mir vernetzen will, dann sollen wir doch einfach anrufen. Und Erhöhung der Stimmbeteiligung, der ist recht attraktiv geschrieben, aber jetzt orientiert man sich an einem kantonalen Mittel und nicht an einer absoluten Zahl. Was passiert jetzt, wenn sich das Mittel verschiebt? Ändern sich dann auch unsere Ziele? Also da muss man sich schon überlegen, wie man die ganzen Indikatoren schlussendlich macht. Und wenn Infoanlässe nicht besucht werden, weil die Leute nicht wissen, dass es sie gibt, ich meine, wir können die Leute nicht zwingen, Zeitung zu lesen. es ist einfach schwierig, die Leute haben kein Interesse mehr, ihre Rechte wahrzunehmen. Wir haben das Thema Förderung von Demokratiekompetenz und politischer Bildung, das ist das Wir-Gefühl, das ist auch in dieser Stelle drin und da bin ich ganz klar der Meinung, das ist unsere Aufgabe, und zwar jedem Einzelnen hier drin. Man könnte hier spasseshalber der Stadtverwaltung einfach einen Einzahlungsschein für 110'000 Franken schicken und das Geld dann untereinander in den Parteien verteilen und einen aktiven Wahlkampf machen. Wäre mal eine kreative Idee. Ich bin nicht sicher, ob das gut kommt, weil wir haben ja das Wort Wir-Gefühl, das nach einer gewissen politischen Couleur klingt. Was mich ein wenig wütend macht, ist, dass ich sehe, dass die Person für die Aktivierung von Schülerinnen und Schülern verantwortlich wäre. Wir hatten hier einen sehr guten Vorschlag und eine sehr gute Idee. Der Roman Walt hat das vorgebracht mit den Gemeinderäten im Schulzimmer. Irgendwie ist die Liste der Gemeinderäte, die sich bereit erklären, in der Oberstufenklasse das demokratische System zu erklären, irgendwie ist die bis zu mir nicht gekommen. Also irgendwo hängt das. Entweder ist das irgendwo in der Gemeinderatsreihe versandet. Ich helfe dort gern, dass wir das wieder anschieben können. Und sonst ist es vielleicht auf der Dachterrasse vom schönsten Schulhaus vom Kanton Zürich irgendwie zerredet worden, vom Schulpräsidenten. Ich weiss es nicht. Aber vielleicht wäre das eine Idee, wie wir wenigstens einen Teil dieser ganzen Idee wieder zum Laufen kriegen könnten. Bei einem

entscheidenden Detail unterscheiden sich die Haltung der SVP und die Haltung der Minderheit der GRPK. Die SVP lehnt die zusätzliche Stelle ab, und zwar mit der ganz klaren Begründung, es ist nicht die Aufgabe der Verwaltung, sondern von uns allen, das Demokratieverständnis zu fördern. Dafür sind wir unter anderem auch gewählt. Es ist unsere Aufgabe mit unseren Leuten in Kontakt zu treten. Und damit meine ich explizit nicht unsere Leute im Sinne von mit einem Herz rundherum, sondern unsere Leute, die draussen unterwegs sind, die Interesse haben an dieser Stadt, die jetzt auch hier oben sitzen. Und jede Partei hat ihre Wählerinnen und Wähler und schlussendlich irgendwo auch eine Verpflichtung, um nach den Wahlen etwas zurückzugeben und nicht einfach nach drei oder vier Jahren nichts mehr wachen. Das ist das Verständnis von Demokratie, das wir haben und das ich habe. Ich hoffe sehr stark, dass die Parteien, die nach unserem Verständnis Kernkompetenz an die Verwaltung auslagern, sich auch sehr stark überlegen, wofür sie von ihren Wählern gewählt worden sind. Weil wenn die Verwaltung die Politik anfängt zu machen, dann brauchen wir diese Politiker hier nicht mehr. Dann können wir es nämlich in der Verwaltung suchen. Danke vielmals.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Thomas Schneider. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Bert Horvath, EVP.

EVP-Fraktion, Bertalan Horvath: Werte Ratsleitung, werte Anwesende, in der Vorlage Demokratieförderung sind neun Ziele definiert. Als neuntes und letztes Ziel wurde die Bekämpfung von Extremismus und Diskriminierung (Sensibilisierung demokratischer Werte) definiert. Das steht an der letzten Stelle, das ist kein Vorwurf, nur eine Feststellung. Aber Tatsache ist, dass das Anliegen, der neunte Punkt, weder in dem Argumentarium noch in den Diskussionen, überall wo die stattgefunden hat, im Fokus war. Es geht eigentlich vor allem um Wahlen, Wahlbeteiligung, Abstimmungen, Zahlen. Wir von der EVP befürworten die Annahme dieser Vorlage. Ich möchte mich vor allem für den erwähnten Aspekt stark machen, warum ich den befürworte. Es tut Not, dass wir unseren Blick mal ganz kurz erweitern, weg von Kloten, über Kloten hinweg. Wir sehen es ausserhalb der Schweiz, es gibt jede Menge extremistische Ströme. Die Demokratie wird torpediert, abgebaut. Es sind diktatorische Tendenzen. Beim grossen Kanton auf der anderen Seite der Grenze können wir nur entsetzt zuschauen, wie die extremistischen Ströme am Boden gewinnen. Und wir können uns nur an den Kopf fassen, wie das nur passieren kann. Oder über den Teich auf der anderen Seite des Atlantiks sind sie kurz davor, das Land in eine faschistische Diktatur zu überführen. Die Demokratie wird mit Füßen getreten, sogar noch mehr. Dort wird sie sogar richtig zertrampelt. In der Schweiz ist es noch nicht so weit. Zum Glück ist es bei uns noch nicht so weit. Aber die Betonung ist auf noch nicht. Es ist eine Frage der Zeit, bis wir auch irgendwann daran arbeiten müssen und anfangen müssen abzuwehren. In Deutschland ist der Salat bereits angerichtet. In den USA ist die Katastrophe schon beinahe perfekt. Wir sind einfach schockiert, wie schnell so etwas gehen kann. Es ist die Frage, ob wir mit der Demokratieförderung warten, bis wir uns auch in grösseren Problemen wiederfinden und uns mit Extremismus konfrontiert sehen und dann versuchen, den Schaden zu begrenzen. Wäre es nicht besser vorzubeugen und die Bevölkerung für die demokratischen Werte zu sensibilisieren. Unsere Demokratie in der Schweiz ist einer von unseren aller grössten Schätzen, meine Meinung. Und es gilt, darüber zu wachen und diesen auch entschlossen zu schützen. Der neunte Punkt, Sensibilisierung demokratischer Werte, ist das, was wir brauchen, dass die Leute sehen, was wir für einen Schatz wir in den Händen haben, den wir in der Schweiz haben. Die Möglichkeit der demokratischen Mitwirkung, was es bedeutet, das sollten wir vermitteln. Nicht nur Zahlen, nicht nur Wahlzahlen, das ist auch gut, bin voll dafür, aber die Gesinnung, die Wertschätzung gegenüber unseren Werten, das sollten wir fördern und das ist eines der Ziele dieser Demokratiestelle und darum plädiere ich dafür, diese Stelle zu bewilligen und den Fokus mehr auf die Sensibilisierung der demokratischen Werte ins Zentrum zu rücken und diese vielleicht nicht an die letzte Stelle zu setzen, sondern das zu fördern, damit sich dieses Gedankengut, diese Werte auch in den Köpfen wiederfindet. Wir machen das Richtige, wenn wir die Stelle bewilligen. Die 132'000, das sind zwei Positionen, sind gut investiertes Geld. Dankeschön.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Bert Horvath Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Sigi Sommer, SP.

SP-Fraktion, Sigi Sommer: Geschätztes Präsidium, liebe Anwesende hier oben auf der Tribüne und hier unten im Ratssaal, danke vielmals Bert, du sprichst mir aus dem Herzen. Wir von der SP schliessen uns den vorgehenden Voten für diese Vorlage an. Es ist nämlich schon eigentlich bedenklich, dass meistens die eingebürgerten Schweizer aus dem FF wissen sollten, wie man wählt und wie man abstimmt. Denn eigentlich sollte jeder wahlberechtigte Schweizer stolz zu seinem Wahlkuvert greifen, sobald es im Briefkasten liegt. Es ist ein Privileg, dass wir die direkte Demokratie hier in der Schweiz leben dürfen. Und diese Demokratie muss bewahrt und gefördert werden. Eine zentrale, überparteiliche Demokratieförderungsstelle ist dringend nötig, da wir als Parteien einfach aus politischen Gründen an unsere Grenzen stossen, um alle Wahlberechtigten zu

erreichen. Was ist denn auch mit den Parteilosen? Genau diese müssen wir auch ins Boot holen. Vielleicht müsste auch bereits in der Schule noch mehr praktisch und pragmatisch auf das politische Erwachsenenleben vorbereitet werden. Wir, die SP, sind ganz klar für diese Vorlage. Danke.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Sigi Sommer. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Willi Bühler, FDP.

FDP-Fraktion, Willi Bühler: Sehr geehrter Ratspräsident, sehr geehrte Damen und Herren, es geht um die Vorlage 13865; Demokratieförderung; Schaffen für eine neue Stelle. Mit dieser Vorlage will der Stadtrat einen Demokratieförderer anstellen, mit dem Ziel, die politische Teilhabe der Bevölkerung der Stadt Kloten zu verbessern. Dies soll durch diverse Massnahmen erfolgen. Doch für uns als Partei ist es wichtig, die FDP sieht und anerkennt das Problem der tiefen Stimmbeteiligung. Wir brauchen aber wirklich nicht Symbolpolitik und neue Verwaltungsstellen. Aber der Vorschlag einer Lösung, die hier eine neue 80%-Stelle ist, das löst das ganze Problem eben auch nicht. Eine Messbarkeit über den Erfolg ist auch nicht gegeben. Realistisch gesehen ist Kloten in einer schwierigen Situation. Wir haben eine sehr hohe Fluktuation, ca. 10% im Jahr. Wir haben einen hohen Ausländeranteil, eine sehr heterogene Bevölkerung und vor allem zahlreiche Eingebürgerte, die politisch kaum verankert sind. Das Veranstaltungsprogramm der Stadt ist heute schon sehr gross, wird aber kaum genutzt. 85 Prozent der Bevölkerung hat laut Nachbefragung an keinem einzigen Partizipationsanlass teilgenommen. Wir haben jetzt also festgestellt, in den Quartierapéros, die bereits stattgefunden haben, dass sehr wenige teilgenommen haben. Das sind mehrheitlich um die 20 bis 30. Und wenn man dort noch unsere Kollegen abzieht, Gemeinderat, Stadtrat, Stadt selber, sind es vielleicht noch etwa 10 Personen gewesen, 10 bis 15 aus privaten Kreisen. Also lässt sich das Grundproblem nicht lösen und auch nicht ändern. Bevor Wirkung erzielt werden kann, müssen die neuen Personen erst Kloten kennenlernen, Strukturen aufbauen und Netzwerke bilden. Und das dauert einfach zu lange. Das Projekt trägt ein grosses Risiko und wird zu einem reinen Selbstzweck werden, mit einem minimalen Einfluss auf die Stimmbeteiligung. Ich erlaube mir die Kernaussage von uns von der Partei, das Verhalten der Bevölkerung lässt sich damit mit mehr Verwaltung nicht ändern. Dann kommen wir noch zu den Kosten. Für die 80 Prozentstellen, wie man auch schon gehört hat, werden ab 2026 jährlich rund 117'000 Franken veranschlagt. Angesichts der unklaren Wirkung ist die Investition unverhältnismässig. Viele der geplanten Aufgaben gehören aus liberaler Sicht nicht in die Verwaltung, das haben wir eben schon gehört, sondern es sind klare Aufgaben von Politik und Parlament. Und da muss ich einfach sagen an unsere lieben Kollegen hier drinnen, wir dürfen nicht nur lafern, wir müssen auch liefern. Und da kann ich einfach sagen, da geht jetzt auch unsere Partei, die FDP, mit grossen Schritten voraus und mit gutem Beispiel voran. Wir sind sehr stark auf Social Media vertreten und wir dürfen, glaube ich, auch sagen, zurzeit an jedem Quartierapéro recht stark vertreten. Also, machen wir weiter und schauen, dass wir jetzt zu einem Ziel kommen und dass wir möglichst hoffentlich viele Leute noch an die letzten Quartierapéros, oder an das letzte bereits, und noch nicht im Stadt, im Schluefweg oben, an die Veranstaltung bringen können. Eine Ausweitung der Verwaltung in politischer Funktion widerspricht dem liberalen Staatsverständnis und gefährdet die klare Gewaltentrennung. Das birgt das Risiko von politischen Einflussnahmen durch Verwaltungsstellen, Kompetenzüberschreitung und unnötigen Aufbau von neuen Strukturen. Zudem besteht Gefahr, Erwartungen zu wecken, die die Verwaltung nicht erfüllen kann, noch erfüllen sollte. Das Fazit aus liberaler Sicht ist der vorgeschlagene Weg falsch. Und warum? Er vergrössert die Verwaltung, ohne die Ursache der tiefen Stimmbeteiligung zu beheben. Er vermischt politische und administrative Aufgaben. Er bindet Steuergelder, ohne nachweisbare Mehrwert zu garantieren. Der Staat soll sich nicht in die Demokratie einmischen. Die FDP, die liberalen Kloten, lehnt die Arbeit zur Schaffung von einer neuen Stelle, Demokratieförderung, ab. Danke für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsident, Reto Schindler: Danke vielmals, Willi Bühler. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zur Schlussabstimmung. Der Beschluss lautet folgendermassen: Eine neue Stelle Demokratieförderung bei der Verwaltungsdirektion 2210.00 mit 80 Stellenprozent bei Kosten von 117'245 Franken wird per 01.01.2026 genehmigt. Wer dem Geschäft zustimmen will, soll das mit Aufstehen bezeugen. Wer das Geschäft ablehnen möchte, soll es ebenfalls mit Aufstehen bekunden. Gibt es Enthaltungen? Das Geschäft 13865; Demokratieförderung; Genehmigung Schaffung einer neuen Stelle wird mit 19 zu 13 Stimmen abgelehnt. Wir würden jetzt 15 Minuten Pause machen, bevor wir zu den Budget- und Steuerfussdebatten kommen. Ich muss noch schnell auf die Uhr schauen. Das würde heissen, dass wir uns um 20 Uhr wieder hier treffen.

Mitteilung an:

- Gemeinderat
- Verwaltungsdirektor
- Stv. Verwaltungsdirektor
- Geschäftsleitung
- Leiter Finanzen
- Leiterin Personal
- Leiterin Lohn- und Versicherungswesen

Für getreuen Auszug:



Jacqueline Tanner
Ratssekretärin

Versandt: - 3. Dez. 2025